

Noch immer herrscht Finsternis

Ein Jahr nach der Explosionskatastrophe von Beirut ist die Krise im Libanon schlimmer denn je

Von Thomas Seibert

ISTANBUL. Kein Strom, kein Wasser, kein Geld, keine Politiker, die Verantwortung übernehmen – ein Jahr nach der Explosionskatastrophe von Beirut ist die Lage im Libanon schlimmer als je zuvor. Das Unglück, der Tod von mehr als 200 Menschen und die Zerstörung ganzer Viertel der Hauptstadt haben das kleine Land am Ostufer des Mittelmeeres noch tiefer in die Krise gerissen.

2000 Tonnen Ammonium-Nitrat

Am frühen Abend des 4. August brach in einem Lagerhaus von Beirut ein Feuer aus. Die Flammen entzündeten mehr als 2000 Tonnen Ammonium-Nitrat, das von einem Frachter konfisziert worden war, aber ohne die nötigen Sicherheitsvorkehrungen gelagert wurde. Das Resultat war eine der schwersten nicht-atomaren Explosionen der Weltgeschichte: Der Knall war noch im 240 Kilometer entfernten Zypern zu hören. In Beirut verwüstete die Explosion die Hafengegend und angrenzende Stadtteile, tötete 217 Menschen, verletzte mehr als 6000 und zerstörte Sachwerte im Wert von 15 Milliarden Dollar. Wütende Demonstranten protestierten

nach der Katastrophe gegen Politiker und Behörden. Die Regierung trat zurück, ist aber bis heute geschäftsführend im Amt. Die Explosion verschärfte eine Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit 2019 die Banken im Libanon kollabieren, den Wert der Landeswährung abstürzen und die Arbeitslosigkeit steigen lässt. Schon vor der Explosion hatte die Regierung erklärt, sie könne ihre Schulden nicht mehr bezahlen. Der Staat ist pleite. Kurz vor dem Jahres-

tag veröffentlichten die Behörden jetzt neue Zahlen, die das Ausmaß der Krise deutlich machen. Die Inflation liegt bei 100 Prozent im Jahr. Weil der Staat kein Geld mehr hat, fallen Strom und Wasser immer häufiger aus; das UN-Kinderhilfswerk Unicef warnt, dass die Trinkwasserversorgung für die meisten Libanesen in den kommenden Wochen ganz zusammenbrechen könnte. Jeder zweite der knapp sieben Millionen Einwohner des Landes lebt

unterhalb der Armutsgrenze. Als ehemalige Kolonialmacht setzte sich Frankreich nach der Explosion an die Spitze internationaler Hilfsbemühungen. Eine Geberkonferenz unter französischem Vorsitz erbrachte Zusagen für eine Nothilfe von 250 Millionen Dollar und eine Forderung nach grundlegenden Reformen im Libanon.

Weil der Libanon in wenigen Wochen von Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) im Wert

von 900 Millionen Dollar profitieren kann, ist das Interesse an politischen Veränderungen in Beirut nicht besonders groß. Die libanesischen Politiker hoffen, mit dem Geld vom IWF zumindest bis zu den Wahlen im nächsten Jahr durchzukommen, sagte die Expertin Randa Slim vom Nahost-Institut in Washington jetzt bei einer Anhörung im Kongress in Washington.

Politische Elite erkennt Ernst der Lage nicht

Die politische Elite macht nicht den Eindruck, als habe sie den Ernst der Lage erkannt. Monatelang stritten sich Präsident Michel Aoun und der frühere Ministerpräsident Saad Hariri über die Zusammensetzung eines neuen Kabinetts.

Nachdem Hariri Mitte Juli aufgab, erhielt der Milliardär Najib Mikati den Auftrag zur Regierungsbildung. Der 65-jährige war schon zweimal Ministerpräsident und stand vor zwei Jahren im Zentrum von Korruptionsvorwürfen. Er will möglichst bald sein Kabinett vorstellen, das angeblich aus Technokraten bestehen soll – doch einen grundlegenden Kurswechsel erwartet niemand. In den vergangenen Tagen gab es bereits die ersten Protestkundgebungen gegen Mikati.



Rauch steigt nach der Explosion am Hafen auf. Bei der verheerenden Detonation in Beirut am 4. August 2020 kamen mehr als 200 Menschen ums Leben, mehr als 6000 wurden verletzt. Foto: dpa